



## **Manfred Groh**

Bürgermeister Stadt Karlsruhe a.D.  
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten  
Konrad-Adenauer-Straße 12  
70173 Stuttgart  
Telefon: 0711 2063-959  
Telefax: 0711 2063-14-959  
E-Mail: manfred.groh@cdu.landtag-bw.de

Wendtstraße 10  
76185 Karlsruhe  
Telefon: 0721 84 93 47  
Telefax: 0721 8 30 79 82  
E-Mail: mail@manfred-groh.de

## **MdL Groh: SPD und GRÜNE verweigern Abstimmung zum EnBW-Aktienkauf**



### **Kauf der EnBW-Aktien von Karlsruher Abgeordneten boykottiert**

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde der Kauf der EnBW-Aktien in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen. Allerdings haben die Karlsruher Abgeordneten Johannes Stober (SPD), Renate Rastätter und Dr. Gisela Splett (beide GRÜNE) demonstrativ durch Verlassen des Plenarsaals ihre Ablehnung zum Kauf eines Aktienpaketes am Karlsruher Energieversorger EnBW zum Ausdruck gebracht.

„So kann man Karlsruher Interessen in Stuttgart sicherlich nicht vertreten. Ich halte ein solches Verhalten von Abgeordneten auch eines Parlaments schlichtweg nicht für würdig.“, so Groh in einer ersten Reaktion.

Beim Kauf der EnBW-Aktien geht es schließlich auch um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es geht um die Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger. Es geht aber auch darum, dass die Mehrheitseigner der EnBW aus dem Land kommen, die Landesinteressen kennen und diese auch für die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen. Schließlich geht es um Energieversorgungssicherheit einerseits, andererseits aber auch um bezahlbare Energie beispielsweise für unsere Unternehmen, den ÖPNV, den Krankenhausbetrieb und nicht zuletzt um die Lebensqualität unserer Bevölkerung.

„In Stuttgart erfolgreich Karlsruher Interessen zu vertreten, heißt auch, mit komplizierten und vielschichtigen politischen Themen sich zu befassen. Hierzu zählen für mich eindeutig die Energieversorgung und damit auch die Sicherung von 20.000 Arbeitsplätzen durch die EnBW Karlsruhe. Dafür danke ich im Interesse aller Bediensteten der EnBW, aber auch den beteiligten Kommunen und insbesondere der Stadt Karlsruhe unserem Ministerpräsidenten Stefan Mappus ganz besonders.“, so Groh.

Stober, Dr. Splett und Rastätter haben sich bewusst einer Abstimmung verweigert und damit sich eindeutig gegen die Interessen des Standorts Karlsruhe entschieden. Das ist nicht nur unverständlich, das ist eine klare Absage an Region, Stadt und an die Bürgerinnen und Bürger. Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass die Stadt Karlsruhe fast 3 % der Anteile an der EnBW hält, dann haben diese Abgeordneten auch noch klar gegen die Interessen der von ihnen im Landtag vertretenen Stadt verstoßen.

„Noch vor wenigen Tagen haben GRÜNE und SPD den Kauf der EnBW-Anteile ausdrücklich begrüßt. Dann haben sie offenbar bemerkt, dass sie sich im Vorwahlkampf befinden und keine Regierungsverantwortung tragen und haben daher händeringend nach vermeintlichen formellen Gründen gesucht, den genialen Schachzug der Landesregierung in Frage zu stellen.“, so Groh abschließend.